

Rezeption aufs Negative reduziert wird«, meint Stefan Wolle, der wissenschaftliche Leiter des Berliner DDR-Museums, und verweist auf zahlreiche Reportagen und Dokumentationen, die gerade in letzter Zeit »den Alltag in der DDR fair und gerecht darstellen und nicht behaupten, dass es nur schreckliche Unterdrückung und eine Art Stasi-Gefängnis war« (MDR Zeitreise 2022). Diese Dynamik macht einmal wieder deutlich, dass der Diskurs als »Fluss von Wissen durch die Zeit« (Jäger und Jäger 2007, S. 15) zu begreifen ist.

2.2 Die Sowjetunion im politischen und kollektiven Gedächtnis der Russen

In den letzten Dezembertagen des Jahres 1991 überschlugen sich die Ereignisse. Am 25. Dezember trat Michail Gorbatschow, der letzte Staatspräsident, zurück. Nur einen Tag später, nach 69 Jahren scheinbar unerschütterlicher Existenz, wurde die Sowjetunion Geschichte. Eine weiß-blau-rote Trikolore ersetzte die rote Fahne mit Hammer und Sichel und wehte fortan über dem Dach des Kremls. Als einzige Ex-Sowjetrepublik gab die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) keine Unabhängigkeitserklärung ab und wurde zum internationalen Rechtsnachfolger der Sowjetunion erklärt. Doch nicht nur in rechtlichen, diplomatischen und wirtschaftlichen Verflechtungen schlägt sich das Erbe des Imperiums bis heute nieder, sondern es prägt auch Mentalitäten und Russlands geostrategische Machtansprüche.

Es hätte auch anders kommen können. Im Jahr 1985 trat Michail Gorbatschow das Amt des Generalsekretärs der Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) mit einem ehrgeizigen Reformprogramm an, dessen zentrale Schlagworte *Perestroika* (Umgestaltung bzw. Umbau) und *Glasnost* (Offenheit) waren. Der Staatschef wollte den Weltmachtstatus der Sowjetunion sichern und ausbauen. Letztendlich jedoch ging er in das kollektive Gedächtnis der Russinnen und Russen als der Mann ein, »der die UdSSR zu Grabe getragen hat« (Bidder 2017, S. 16). Der SPIEGEL-Journalist Benjamin Bidder beschreibt den Abend des 25. Dezember 1991 wie folgt:

»Kein Jubel liegt über Moskaus Rotem Platz, als die Sowjetunion an jenem Abend ihren letzten Atemzug tut, kein Protest, nur nasskalte Winterluft und wenig Schnee. In Moskau regiert der Mangel. Fleisch ist in mehr als 350 Geschäften ausgegangen, melden die Zeitungen, Zucker wird rationiert. Die Frachtflugzeuge, die sonst Nachschub in die Hauptstadt bringen, bleiben am Boden, es fehlt Kerosin.« (Bidder 2017, S. 13)

Anders als die Aufnahmen der deutschen Wendezeiteuphorie, gingen diese Bilder des Zerfalls weder um die Welt noch prägten sie sich im kollektiven Gedächtnis ein.

Was – zumindest in der offiziellen Erinnerung – blieb, ist die Trauer um den Großmachtstatus. In seiner Rede zur Lage der Nation im Jahr 2005 bezeichnete Wladimir Putin den Zerfall der Sowjetunion als »die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts« (Präsident der Russischen Föderation 25.04.2005). Kurz vor dem 30. Jahrestag des Zusammenbruchs sprach er in der Fernsehdokumentation *RUSSLAND. NEUESTE GESCHICHTE* (RU 2021) erneut von einer »Tragödie«.

Mit seiner Wehmut und der Nostalgie nach dem Imperium steht der Präsident nicht allein. Im Jahr 2020 hielten 75 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Russlands die Sowjetära für die beste Zeit in der Geschichte des Landes, lediglich 7 Prozent bewerteten sie negativ. 65 Prozent bereuten den Zerfall der Sowjetunion, 52 Prozent erklärten ihr Bedauern mit dem Verlust des Gefühls der Zugehörigkeit zu einer Großmacht (Lewada-Zentrum 24.03.2020). Mit dem Begriff *Sowjetära* verbanden die Befragten vor allem das gute Leben, die Stabilität und Zuversicht für die Zukunft sowie persönliche Erinnerungen an Kindheit und Jugend. Vor allem erinnerten sie sich an Vollbeschäftigung, wirtschaftlichen Aufstieg und staatliche Fürsorge sowie Völkerfreundschaft und Errungenschaften der Sowjetunion in Wissenschaft, Technologie und Kultur, insbesondere in der Weltraumforschung (Lewada-Zentrum 24.06.2019; WZIOM 30.12.2022). Lediglich 4 Prozent assoziieren die Sowjetzeit mit Mangel und Warteschlangen, nur 1 Prozent – mit dem Eisernen Vorhang, Repressionen und Stagnation (Lewada-Zentrum 24.03.2020).

Die knapp 70-jährige Geschichte der Großmacht lässt sich schwer systematisieren und analysieren: »[D]ie von Historikern herangezogenen Theorien, ihre Begriffe und ihre analytischen Kategorien versagen häufig im Angesicht der Sowjetgeschichte«, stellt der Osteuropa-Historiker Stefan Plaggenborg (2004, S. 252) fest. Das gilt genauso für die postsowjetische Erinnerungskultur, sodass auch dieses Kapitel lediglich die Konturen der vielfältigen Gedächtnisse aufzeigen kann. Zwar werden im offiziellen Erinnerungsdiskurs nationale Mythen hervorgeholt, belastende und traumatische Geschehnisse tendenziell ausgeblendet und heroische Ereignisse zu Bezugspunkten der Gegenwart und der kollektiven Identität gemacht (König 2010, S. 123), doch es wäre der Vielschichtigkeit der russischen Zivilgesellschaft nicht gerecht, lediglich von dieser *selektiven Amnesie* zu sprechen.

Zentrale Akteure und Ziele »Zweifellos ist der russische Staat der mächtigste geschichtspolitische Akteur, der den Blick auf die russische und sowjetische Geschichte maßgeblich prägt«, stellen die Historiker Jörg Ganzenmüller und Raphael Utz (2014, S. 6) fest. Dass diese Auseinandersetzung so unkritisch und lückenhaft erfolgt, erklären sie mit der starken Elitenkontinuität im postsowjetischen Russland. Zu keinem Zeitpunkt habe es seitens des Staates ein übergeordnetes Interesse gegeben, »die sowjetische Geschichte selbstkritisch zu beleuchten« (ebd., S. 7). Zwar gab es in der Ära Jelzin (1991–1999) größere Freiräume für den offenen Umgang mit den (vor allen stalinistischen) Verbrechen, jedoch ging die Initiative überwiegend

von Journalisten, Aktivisten und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus – nicht von dem Staat selbst (Creuzberger 2011, S. 45; Ganzenmüller und Utz 2014, S. 7). Nachdem Wladimir Putin in der Silvesternacht 1999 an die Macht gekommen war, wurde die öffentlichkeitswirksame Aufarbeitung des Massenterrors und der Gewalt »in Mitleidenschaft gezogen« (Creuzberger 2011, S. 45). An die Stelle einer (selbst-)kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit traten Geschichtserzählungen, die »die patriotische Erziehung und den historischen Optimismus« fördern (Robinski 2011, S. 62).

Der Einfluss des Staates auf den Umgang mit der Vergangenheit geht weit über parteipolitische Strukturen hinaus. Regierungsorgane wie der russische *Sicherheitsdienst FSB* mischen sich ebenfalls aktiv in den Geschichtsdiskurs ein und verteidigen das offizielle Geschichtsbild überaus erfolgreich (Creuzberger 2011, S. 45). Einheimische Historiker, die beispielsweise den Hitler-Stalin-Pakt kritisch kommentieren oder die Deportation ganzer Völker verurteilen, werden von Geheimdienstlern »kurzerhand als ›Geschichtsfälscher‹ diffamiert« (ebd., S. 46). Auch staatlich geförderten *Stiftungen* wie die Stiftung Historisches Gedächtnis (Fond Istoritscheskaja Pamjat) obliegt »die Bekämpfung nicht regierungskonformer zeithistorischer Geschichtsdiskurse« (ebd., S. 47). Weitere Akteure der staatlichen Geschichtspolitik sind das *Kultusministerium*, das sich auf verschiedenen Ebenen gegen vermeintliche Versuche der Geschichtsfalsifikation einsetzt, sowie die *Russländische Militärhistorische Gesellschaft*, die dem Ministerium unterstellt ist.

Das Quasi-Monopol des Staates auf die ›historische Wahrheit‹ wird durch Gesetzte zusätzlich abgesichert. Die im Jahr 2020 geänderte Verfassung der Russischen Föderation schreibt beispielsweise im neu hinzugefügten Artikel 67.1 (3) vor, dass das Andenken an die Verteidiger des Vaterlandes zu ehren und der Schutz der historischen Wahrheit zu gewährleisten sei. Im Jahr 2021 unterzeichnete Wladimir Putin außerdem ein Gesetz, das das Gleichsetzen von NS- und Sowjetethandlungen im Zweiten Weltkrieg sowie die Leugnung der »entscheidenden Rolle des sowjetischen Volkes beim Sieg über Nazi-Deutschland und der humanitären Mission der Sowjetunion bei der Befreiung von Ländern Europas« unter Strafe stellt. Der Raum des Erinnerbaren und der ›richtige‹ Umgang mit der Geschichte werden durch gesetzliche Reglementierungen festgelegt, indem bestimmte Gedächtnisinhalte und Perspektiven legitimiert und andere verboten werden. Auf diese Weise wird »die unparteiische, wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte behindert und eine notwendige gesellschaftspolitische Diskussion im Keim erstickt« (Volk 2013).

Doch dort, wo Macht, Zwang und Verbote herrschen, gibt es auch Widerstand. Während die politische Elite versucht, die Erinnerungen an Staatsverbrechen »unter einer Decke des Schweigens zu begraben« (König 2010, S. 117), setzen sich viele zivilgesellschaftliche Akteure – darunter *Historiker, Bürgerrechter und Oppositionelle* – für eine kritische Auseinandersetzung mit der sowjetischen Vergangenheit ein. Ihr Fokus liegt vor allem auf der Aufarbeitung historischer Tragödien, zu denen zwei-

fellos auch der Große Terror und die Repressionen gehören (Creuzberger 2011, S. 44; Kindler 2014b, S. 212).

Vor dem Hintergrund der Bemühungen des Staates, das Monopol auf die Geschichtsdeutung zu behalten, haben es diese Akteure in Russland jedoch schwer. Ein prominentes Beispiel ist der Fall des Historikers und Menschenrechtlers Jurij Dmitrijew, der sich mit dem stalinistischen Terror befasste. Er suchte in der Region Karelien nach Erschießungsstätten und rekonstruierte die Lebensläufe der politisch Verfolgten. Im Jahr 2016 wurde er von der Staatsanwaltschaft wegen des Besitzes von Kinderpornografie und sexuellen Missbrauchs an seiner Adoptivtochter angeklagt. 2020 wurde Dmitrijew zu 13 Jahren Haft verurteilt, und 2021 erhöhte das Gericht die Strafe auf 15 Jahre (weitere Details dazu finden sich in Memorial 2019). NGOs und Menschenrechtler kritisierten das Verfahren als konstruiert und politisch motiviert. Die Menschenrechtsorganisation Memorial erklärte den Stalinismus-Forscher zum politischen Gefangenen. Human Rights Watch ordnete den Fall Dmitrijews in den Kontext weiterer Versuche der russischen Behörden ein, die kritische Auseinandersetzung mit der nationalen Geschichte zu unterdrücken:

»Dmitriev's prosecution has taken place in the context of efforts by Russian authorities to minimize Stalin's crimes, foster nationalist groups that attack people dedicated to uncovering the truth about the Gulag, and tarnish as ›foreign agents‹ and ›re-writers of history‹ independent groups that investigate abuses of the Stalin era and commemorate the victims.« (Human Rights Watch 21.07.2020)

Die bereits erwähnte Menschenrechtsorganisation *Memorial* war fast 35 Jahre lang eine führende Kraft unter den Akteuren »von unten«. Gegründet im Jahr 1987 von kritischen Intellektuellen und ehemaligen Dissidenten, darunter auch der Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow, wurde *Memorial* von Anfang an zum »Interessenanwalt der Opfer stalinistischer Repressionen und Verfolgung« und setzte wichtige Impulse für einen Geschichtsdiskurs »abseits der staatlich reglementierten Auseinandersetzung mit dem Stalinismus« (Creuzberger 2011, S. 44). Zu den Verdiensten von *Memorial* gehört zum Beispiel die Errichtung des Solowezki-Steins, eines Gedenksteins für die Opfer der stalinistischen Gewaltherrschaft auf dem Moskauer Lubjanka-Platz.

Die Urteile gegen *Memorial* folgten wie am Fließband (Ackeret 2019), die Organisation wurde zu hohen Geldstrafen verurteilt und Opfer aggressiver Aktionen – »offenbar von den russländischen Behörden inspiriert«, meinte die Politikwissenschaftlerin Evgenija Lezina (2014, S. 166). »In den letzten Jahren wurde unserem Versuch, der offiziellen Meinung ein Bild entgegenzusetzen, mit einer unglaublichen Hetze begegnet: Wir würden den Feinden Russlands das Wort reden«, erklärte die *Memorial*-Mitarbeiterin Irina Scherbakowa in einem Interview mit dem deutschen Historiker Norbert Frei im Jahr 2016 (Quellen zur Geschichte der

Menschenrechte 2016). Im selben Jahr wurde Memorial aufgrund seiner politischen Tätigkeit und finanzieller Unterstützung aus dem Ausland vom Justizministerium als ›ausländischer Agent‹ eingestuft. Im Dezember 2021 beschloss das Oberste Gericht Russlands aufgrund mehrerer Verstöße gegen das ›Agentengesetz‹ seine Zwangsauflösung. NGOs, Menschenrechtsorganisationen, Stiftungen, Historiker und Politiker aus aller Welt kritisierten das Urteil und bekundeten ihre Solidarität mit Memorial (exemplarisch Amnesty International 28.12.2021; Heinrich-Böll-Stiftung 28.02.2022). Einige von ihnen blickten auf mehrjährige Kooperationen mit Memorial zurück. Dabei steht die russische Regierung jeglicher Zusammenarbeit mit ausländischen Akteuren – insbesondere mit *westlichen NGOs und politischen Stiftungen*, die sich an der Aufarbeitung sowjetischer Vergangenheit beteiligen – skeptisch gegenüber: »Nur Russen selbst seien in der Lage, die eigene Geschichte angemessen zu deuten, so der Tenor derartiger Einlassungen.« (Kindler 2014, S. 210)

Inhalte und Deutungen Der Historiker Manfred Hildermeier (2017) definiert in seinem 1.348-seitigen Mammutwerk »Geschichte der Sowjetunion 1917–1991« fünf Perioden der sowjetischen Geschichte:

- Der Aufbau des Sowjetstaates (1917–1928),
- Mobilisierungsdiktatur (1929–1941),
- Der Sieg und sein Preis (1941–1953),
- Entwickelter Sozialismus? (1953–1982) sowie
- Letztes Aufgebot, *Perestroika* und Zusammenbruch (1983–1991).

Spätestens seit 1995 stehen die Stalin-Ära und der sogenannte *Große Vaterländische Krieg* im Zentrum der staatlichen Geschichtspolitik und der zivilgesellschaftlichen Erinnerungsarbeit (Ganzenmüller und Utz 2014, S. 8). Auch in der Wissenschaft scheinen diese beiden Geschichtskapitel auserforscht zu sein. Der Fokus dieser Arbeit liegt dagegen auf dem Erinnern an die letzten zwei Perioden, also an die *poststalinistische Sowjetunion* (1953–1991). Es ist zwar offensichtlich, dass stalinistische Gewalt- und Terrorstrukturen auch nach dem Tod des Diktators im Jahr 1953 weiterbestanden: Es gab keinen Austausch der Funktionseliten, und der Gulag, das Straflagersystem, wurde nicht sofort aufgelöst. Die Gesellschaft blieb atomisiert, die Geheimpolizei allgegenwärtig und das Erbe des Großen Terrors und des Personenkults überschattete die folgenden Jahre (Plaggenborg 2004, S. 239–243). Dennoch markiert das Jahr 1953 den Beginn einer neuen Ära, die durch die »Abkehr von den Gewaltverhältnissen des Stalinismus« (ebd., S. 242) und vielfältige Politik-, Wirtschafts- und Kulturreformen gekennzeichnet ist.

Die staatlich orchestrierte und geförderte Erinnerung rückt sowjetische Triumphe in den Vordergrund und pflegt »das Bild einer Epoche der ruhmreichen Siege und

großen Errungenschaften« (Roginski 2009, S. 40) – sei es der militärische Triumph der Roten Armee im Großen Vaterländischen Krieg oder »der Sieg über den Kosmos«, symbolisiert durch den Flug Jurij Gagarins ins All (Dubin 2005, S. 222). Im Zentrum des Gedenkens steht die *Breschnew-Ära* (1964–1982). Nach der Erfahrung des mit dem Zerfall der Sowjetunion verbundenen sozialen Niedergangs und der Frustration ist sie »als goldene Zeit materiellen Wohlstands und nationalen Ruhms« (ebd., S. 219) in der Erinnerung vieler Russinnen und Russen geblieben. Dass die Breschnew-Zeit auch für die Nachfolgegenerationen retrospektiv idealisierte wurde, bestätigten aktuellere Umfrageergebnisse des Meinungsforschungsinstituts WZIOM: Während 40 Prozent der Befragten im Jahr 2019 zufrieden waren, Bürgerinnen und Bürger Russlands zu sein, wünschten sich 37 Prozent die Rückkehr in die Breschnew-Zeit (WZIOM, zit.n. RIA Nowosti 2019). Neben Vorstellungen von sozialer Stabilität und Großmachtstatus sind auch die Ideale sozialer Gleichheit sowie das Wir-Gefühl wesentliche Faktoren (Dubin 2005, S. 223). Diese idealisierte Vorstellung ist jedenfalls nicht gänzlich unbegründet. Der Soziologe Boris Dubin beschreibt diese Zeit wie folgt:

»Die Brežnev-Ära war wahrscheinlich das Maximum dessen, wozu das sowjetische gesellschaftliche und politische System und die sowjetische Zivilisation in der Lage waren, ohne zu direkten Massenverfolgungen zu greifen und einen massenhaften Ausnahmezustand wie Hunger oder Krieg hervorzurufen. Man kann sie als Verkörperung und Höhepunkt des ›Sowjetischen‹ betrachten.« (Dubin 2007, S. 70)

Dadurch wird die Sowjetunion unter Breschnew als Gegenbild zu den Amtszeiten von Gorbatschow und Jelzin wahrgenommen, die in Erinnerung mit sozialem Chaos, materieller Unsicherheit und dem Gefühl der Erniedrigung verbunden sind. Sie steht auch im Kontrast zum frustrierenden Zustand der älteren Menschen im heutigen Russland »mit ihren geringen Einkünften oder Renten, dem niedrigen Sozialstatus und dem Fehlen jeglicher Anerkennung oder Vergütung für das Leben, das sie gelebt haben« (Dubin 2005, S. 224).

Eine Gegenerzählung, die in weiten Teilen der Bevölkerung eher unpopulär ist, verbindet die Sowjetunion unter Breschnew »mit dem Makel der *Stagnation*« (Creuzberger 2011, S. 43). Diese Erzählung hebt all das hervor, was in der idealisierten Erinnerung verdrängt wird: den Mangel und das stundenlange Schlangensteinen (Kljutscharjowa 2011, S. 3), Repressalien gegen Andersdenkende, die offiziellen Bestrebungen zur Rehabilitierung Stalins anlässlich seines 100. Geburtstags im Jahr 1979, die militärische Intervention in Afghanistan im selben Jahr sowie die zunehmende Senilität von Breschnew und anderen Kremlführern (Dubin 2005, S. 222). Dazu kommen Reden, die von »ideologischem Dogmatismus und pathetischen Worthülsen« (Kindler 2014, S. 197–198) durchzogen waren, die Doppelmoral, die

kollektivistische Ideologie und die geringe Autonomie des Individuums, Ausbürgerungen sowie politische Umstände, die Tausende zur Emigration drängten (Dubin 2005, S. 226, 230).

Erinnerungsorte und Medien des kulturellen Gedächtnisses Nach dem Verschwinden der Sowjetunion von den Landkarten wird die Erinnerung an die umstrittene Vergangenheit im kulturellen Gedächtnis wachgehalten: sei es im Moskauer Gulag-Museum und in regionalen Ausstellungen, auf mehr als 800 Gedenktafeln und Denkmälern, die an die Opfer des Stalinismus erinnern, oder auf Straßen, die die Namen jener tragen, die die Terrormaschine in Gang setzten. Das Erbe der Sowjetunion findet sich auch in historisch-literarischen Werken wie »Der Archipel Gulag« von Aleksander Solschenizyn und in zahlreichen heroisch-patriotischen Kriegsfilmen wie *STALINGRAD* (RU 2013) wieder. Die jährlichen Militärparaden am 9. Mai auf dem Roten Platz und die *Busse des Sieges*, die zwischen 2010 und 2013 mit Stalin-Portraits und Kriegsslogans geschmückt durch russische Städte fuhren, erinnern an den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg. Die Art und Weise, wie Medien Vergangenheitsbilder konstruieren und somit in den Kampf um die Deutungshoheit über die Sowjetgeschichte verwickelt werden, lässt sich am Beispiel von Schulbüchern und Filmproduktionen veranschaulichen.

Im Jahr 2001 lancierte Wladimir Putin ein staatliches Programm zur *patriotischen Erziehung* und leitete die Ablösung der bisherigen, vergleichsweise kritischen Schulbücher ein, um sie »durch positivere Darstellungen der nationalen Geschichte« zu ersetzen (Keghel 2015, S. 326). Dabei wird der Stalin-Terror beispielsweise »als historisch notwendiges und alternativloses Mittel zur Lösung staatlicher Aufgaben« (Roginski 2009, S. 43) legitimiert. Arsenij Roginski sieht dies als Teil eines staatlichen ideologischen Programms, das darauf abzielt, das Narrativ zu etablieren, dass der Staat immer Recht habe und die Staatsmacht über den Interessen des einzelnen und der Gesellschaft stehe (ebd.). Dieses Narrativ wird auch von der vom Gazprom-Sender NTW finanzierten Fernsehserie *STALIN: LIVE* (RU 2006) unterstützt, die die Repressalien mit der Notwendigkeit zur Vereitelung ausländischer Terrorakte rechtfertigt. »Folgt man dem, so hat es keine unschuldigen oder sinnlosen Opfer gegeben«, fasst Liliya Berezhnaya (2014, S. 213) zusammen. Irina Scherbakowa (2010, S. 24) erkennt hinter diesen Vergangenheitsbildern eine Strategie zur Rechtfertigung von Gewalt als einem effektiven politischen Steuerungsinstrument.

Alternative Erzählungen finden in diesem Diskurs keinen Platz. Der französisch-britischen Filmsatire *THE DEATH OF STALIN* (UK/FR 2017) wurde noch vor dem Kinostart die Verleiherlaubnis entzogen. Der Dokumentarfilm *KOLYMA – BIRTHPLACE OF OUR FEAR* (RU 2019), der das Gulag-System entlarvt, stieg rasch zum Streaming-Hit auf und wurde trotzdem von russischen Leitmedien weitgehend ignoriert. Gegen den Journalisten und Regisseur Jurij Dud wurde eine umfassende Auftragskampagne gestartet: »Seine bloße Existenz verletzt das staatliche Monopol

auf die Erinnerung und die Wahrheit«, meinte der prominente russische Journalist Oleg Kaschin (2019). Im April 2022 wurde Dud vom Justizministerium als »ausländischer Agent« eingestuft.

2.3 Postsozialistische Erinnerungslandschaften im Vergleich

»Wichtigste Quelle sind nicht die Erinnerungen der Zeitzeugen, sondern die herrschenden Diskurse der Gegenwart, die wiederum [...] den Status quo der gesellschaftlichen Machtverhältnisse repräsentieren.«
(Meyen 2013, S. 231)

Im Jahr 2010 sprach der Historiker Edgar Wolfrum (2010) von einer »Europäisierung, Globalisierung und Universalisierung der Erinnerung« an den Kommunismus (S. 29) und stellte fest: »Da man die Schützengräben des Kalten Krieges verlassen hat, ist der Blick freier geworden, sind Wahrnehmungsblockaden gefallen.« (S. 27) Der Einblick in die Gedächtniskulturen in Deutschland und Russland macht deutlich, dass diese These – zumindest in Bezug auf die beiden Länder – so nicht stimmt. Zwischen den ehemaligen Fronten des Kalten Krieges gibt es beachtliche Unterschiede in der rückblickenden Bewertung des sozialistischen Experiments, aber auch durch die nationalen Erinnerungslandschaften verlaufen tiefe Gräben. Weder in Deutschland noch in Russland gibt es eine einheitliche Erzählung über die Vergangenheit; in beiden Ländern klingt ein vielstimmiger Chor der teilweise gegensätzlichen Erinnerungen. Bezüglich der Inhalte und Deutungen, die den jeweiligen nationalen Diskurs dominieren, könnten die postsozialistischen Erinnerungskulturen in Deutschland und Russland kaum unterschiedlicher sein. Dennoch bleiben in beiden Ländern die drei Grundfunktionen des politischen Rückgriffs auf die Geschichte gleich und gewinnen vor dem Hintergrund der Umbrucherfahrungen zusätzlich an Bedeutung: »die Schaffung einer Tradition, die Prägung einer kollektiven Identität und die Generierung politisch-historischer Legitimität« (Schmid 2008, S. 78).

Umbrucherfahrung, Werteorientierung und Suche nach Identität Nach dem Zusammenbruch der DDR und der Auflösung der Sowjetunion mussten das wiedervereinigte Deutschland und die neu entstandene Russische Föderation ihre nationalen Identitäten neu aushandeln. Menschen, die jahrzehntelang im Sozialismus gelebt hatten, fanden sich plötzlich in einer völlig neuen Realität wieder: Die politische, ideologische und wirtschaftliche Landschaft hatte sich fundamental und unwiderruflich